

Doch kam es nochmal zu einem zweiten Kabinett Stresemann, das aber Ende November wieder zerfiel.

In dem folgenden Kabinett Rath übernahm Stresemann das Portefeuille des Auswärtigen. Hier hat er, im wesentlichen in Uebereinstimmung mit Rath, eine Politik der Verständigung mit den ehemaligen Feinden Deutschlands befolgt.

An dem neuen Kabinett Rath vom 15. Januar 1925 blieb er Außenminister. Im Februar 1925 leitete er mit dem Vorschlag eines Sicherheitspaktens an Frankreich die Politik ein, die im Oktober 1925 zu der Konvention von Locarno und am 1. Dezember 1925 zur Unterzeichnung des Sicherheitspaktens und der mit ihm verbundenen Schiedsverträge in London führte.

Am 5. Dezember 1925 trat er mit dem gesamten Kabinett Rath zurück. Im zweiten Kabinett Rath vom 19. 1. 1926 übernahm er abermals das Auswärtige Ministerium, auch in beiden folgenden Kabinetten Rath 1926/27 und in dem nach der Reichstagswahl 1928 gebildeten Kabinett Müller. Folgerichtig betrieb er weiterhin seine Politik der Verständigung, insbesondere mit Frankreich, die am 8. 9. 1926 zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund führte. Die folgende, vielbesprochene Besprechung Stresemanns mit Briand in Thoiry (17. 9. 1926) hatte keine größeren Ergebnisse. Dagegen hatte er die Genehmigung, daß ihm am 10. 12. 1926 zuerkannt wurde. Anfang März 1927 führte er als erster Deutscher den Vorsitz einer Sitzung des Völkerbundsrates in Genf. 1928 konnte er als Bevollmächtigter Deutschlands in Paris den Kellogg-Pakt unterzeichnen. 1929 führte er die deutsche Delegation auf der Haager Konferenz.

Stresemann war seit 1903 mit Käthe Kleeberg verheiratet, einer Schwester des fürstlich Hohenlohe-Schringenschen Kammerpräsidenten Dr. Kurt v. Kleeberg.

### Sachsens Beileid

Dresden, 3. Oktober.

Die sächsische Staatsregierung hat der Reichsregierung ihre herzliche Anteilnahme zum Ausdruck gebracht an dem schweren Verlust, den sie durch das Ableben des

Reichsaußenministers Dr. Stresemann erlitten hat. Die Regierung hat angeordnet, daß am heutigen Donnerstag und am Tage der Beisetzung des Reichsaußenministers sämtliche staatliche Gebäude Halbtag zu flaggen haben.

### Die Todesursache

Berlin, 3. Oktober.

Ueber die Todesursache und den letzten Krankheitsverlauf Dr. Stresemanns teilt Professor Hermann Zondek, der Arzt Dr. Stresemanns, mit:

Dr. Stresemanns Nervenleiden hatte sich in der letzten Zeit erheblich gebessert, dagegen zeigte das Allgemeinbefinden schon seit längerem starke Ermüdungssymptome und der Blutdruck war in die Höhe gegangen. Professor Zondek führt diese Erscheinungen mit auf die aufreibende und aufregende Tätigkeit Dr. Stresemanns zurück. Er hat den Außenminister immer wieder eindringlich zur Zurückhaltung gemahnt. So ließ er ihn nur schweren Herzens zur Haager Konferenz fahren und hat ihn noch gestern früh, doch unter allen Umständen im Bett zu bleiben. Diese Wohnung war, wie so häufig, vergeblich bei dem ausdauernden Pflichtbewußtsein und dem Temperament, mit dem Dr. Stresemann sich seiner verantwortungsschweren Tätigkeit hingab. Immerhin ging es dem Minister gestern abend verhältnismäßig gut. Er sagte auch selbst, daß er sich ganz wohl fühle. Um 1/2 11 Uhr nach der Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei, erlitt er dann aber den ersten Schlaganfall, der zu einer tiefen Bewußtlosigkeit führte. Dieser Anfall war so schwer, daß weitere Blutungen befürchtet werden mußten. Deshalb blieben die Professoren Geheimrat Kraus und Dr. Zondek die ganze Nacht am Krankenlager. Um 5.30 Uhr morgens trat mit einem neuen schweren Schlaganfall Atemlähmung ein, die den Tod zur Folge hatte. Nach der Ansicht Professor Zondeks mußte mit diesem schmerzlichen Ereignis bereits seit zwei Jahren gerechnet werden.

### Der Regierungswechsel in Ägypten

der ägyptischen Innen- und Außenpolitik grundlegenden Änderungen bevorzugen. Es läge im ägyptischen Interesse, wenn das neue Regime der Labour gegenüber die Dankbarkeit und politische Zurückhaltung zeigen würde, welche dem klugen und großherzigen Akt derselben gebührt. London, 2. Oktober.

Das ägyptische Kabinett ist zurückgetreten. Ministerpräsident Mohammed Wahid Pascha hatte vor der Ueberreichung des Rücktrittsgesuches bei König Fuad eine ernste Aussprache mit dem englischen Oberkommissar und wurde im Anschluß daran von König Fuad empfangen, der vorher auch Naha Pascha, den Führer der Opposition empfangen hatte.

In politischen Kreisen Alexandriens rechnet man damit, daß sofort ein Beamtenkabinett gebildet wird. Es ist aber ungewiß, ob Mohammed Wahid Pascha die Ministerpräsidentenämter übernimmt. Das neue Kabinett wird wahrscheinlich nur vorübergehend im Amt bleiben und in erster Linie die Aufgabe haben, die Wahlen im Zusammenhang mit der Ratifizierung des englisch-ägyptischen Vertrages durchzuführen. Der Rücktritt Mohammed Wahid Paschas im gegenwärtigen Augenblick wird in politischen Kreisen allgemein als eine Rückkehr zum Parlamentarismus angesehen, was als eine Verstärkung des Einflusses der Wafd-Partei anzusehen ist, die parlamentarisch noch immer eine außerordentlich starke Stellung hat.

Der Kabinettswechsel in Ägypten ist eine notwendige Folge der Neuordnung des englisch-ägyptischen Verhältnisses. Der Verrat mit der Labour-Regierung bedeutet die tatsächliche Wiederherstellung der ägyptischen Souveränität und das Aufheben des englischen Patronates. Wahid Pascha, welcher mit englischer Unterstützung seinen Staatsstreich ausgeführt und das Parlament aufgelöst hatte, wird einer Uebergangsregierung Platz machen müssen, welche die Wiederkehr geordneter parlamentarischer Verhältnisse einzuleiten hat. Daß bei den kommenden Wahlen die Partei des verstorbenen Ministerpräsidenten Zaghlul Pascha, der Wafd, mit einem erdrückenden Erfolge aufwarten wird, ist nicht zu bezweifeln, so daß in

### „Do X“ plant Amerika - Flug

Friedrichshafen, 2. Oktober.

Wie verlautet, beabsichtigt das Flugzeug „Do X“ nach Einbau der neuen Rührvorrichtungen zunächst eine Anzahl von Weltkühlfahrten auszuführen. Anschließend sollen Flüge von längerer Dauer zunächst auf dem Bodensee stattfinden. Hierfür soll das Flugzeug größere Reisen in den europäischen Gewässern ausführen. Nach glücklicher Erledigung dieser Flüge soll eine Reise nach Süd- und Nordamerika ausgeführt werden. Mit den Vorbereitungen hierzu wird in nächster Zeit begonnen werden. Der Amerika-Flug wird aber nicht vor Mitte Januar stattfinden.

## Annahme der Reformvorlage

Der Streit um die Arbeitslosenversicherung vorläufig beendet

### Stimmhaltung der Volkspartei

Berlin, 3. Oktober. (Drahtbericht.)

Der Reichstag hat in seiner 2. Sitzung heute das Arbeitslosenversicherungsgesetz in der Schlussabstimmung mit 238 gegen 155 Stimmen bei 40 Stimmhaltungen angenommen.

Die Annahme der Arbeitslosenversicherung in der heutigen Nachmittagsitzung des Reichstages war seit gestern gesichert. Die Deutsche Volkspartei hat in ihrer gestrigen Fraktionssitzung, in der bekanntlich Dr. Stresemann seine letzte Rede gehalten hat, beschlossen, Stimmhaltung zu üben. Ueber den Verlauf der Sitzung, die für vertraulich erklärt worden ist, wird strengstes Stillschweigen bewahrt. Es hat den Anschein, als sei es in der Sitzung zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten gekommen. — Der Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei war gestern ein Besuch Dr. Stresemanns bei Reichshausier Müller vorangegangen. Der Reichshausier hatte dabei die Folgen einer Ablehnung der Reform mit aller Deutlichkeit dargelegt.

Unmittelbar nach Annahme des Gesetzes dürfte sich der Reichstag vertagen und erst im November wieder zusammentreten.

### Um die Ehescheidung

Berlin, 2. Oktober.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Rechtsausschusses stand der Gesetzentwurf zur Änderung der Vorschriften über die Ehescheidung in Verbindung mit Anträgen von Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten über den gleichen Gegenstand. Auch die Deutschnationalen fordern in Anträgen die Änderung mehrerer Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches, vor allem die Bestimmungen über die Nichtigkeit und Anfechtung der Ehe, die Ehescheidung, die elterliche Gewalt und die rechtliche Stellung der Kinder aus nichtigen Ehen.

Zur Geschäftsordnung verwies Abg. Dr. Bell (Zentrum) auf die im Gang befindlichen schwierigen Fraktionsberatungen zu der für Morgen bevorstehenden Entscheidung über die Reform der Arbeitslosenversicherung und beantragte Vertagung des Rechtsausschusses, zumal diese Beratungen doch mehrere Wochen unterbrochen werden müßten.

Die Sozialdemokratie, die Deutschnationalen, die Kommunisten und Demokraten widersprachen der Vertagung.

Abg. Dr. Bodius (Zentrum) erklärte demgegenüber, die Frage der Ehescheidungsreform sei noch so wenig geklärt, daß man endlich einmal zur Arbeit in einer Reihe von Sitzungen zusammenkommen müsse, nachdem man noch in den Fraktionen Gelegenheit erhalten habe, die vorliegenden Anträge zu prüfen. Abg. Bodius bestand auf der Gewährung einer Möglichkeit, die vorliegenden Anträge in der Fraktion zu erörtern und erklärte, er würde nicht mehr mitmachen, wenn dieser Wunsch abgelehnt werde.

Abg. Dr. Kahl (Deutsche Volkspartei) verwahrte sich gegen die letztere Bemerkung, in der er eine Drohung erblicken müsse. Seit fünf Jahren schwebt die Frage der Ehescheidungsreform. Er verlange eine klare Antwort, ob man wünsche, diese Frage von der Tagesordnung überhaupt verschwinden zu lassen, oder ob man ehrlich an dieser Reform mitarbeiten wolle, auch wenn man sie nicht liebt.

Abg. Ehlermann (Demokrat) bemerkte, diese Erklärung des Zentrums sei nicht die erste ihrer Art. Er sehe hier eine Verschleppungstaktik, mindestens aber einen Egoismus des Strebens nach Grundlichkeit.

Abg. Dr. Bell (Zentrum) verwahrte sich gegen die Unterstellungen, die seiner Partei gemacht würden. Man habe ja

selbst vom Justizministerium die vorherige Erledigung des sogenannten Standesherren-Gesetzes gefordert. Die Zentrumsfraktion lasse sich nur von sachlichen Gründen bestimmen.

Der vom Zentrum gestellte Vertagungsantrag wurde im weiteren Verlauf der Geschäftsordnungsdebatte auch vom Abg. Dr. Pfeiffer (Wagnerische Volkspartei) unterstützt.

Reichsjustizminister von Guérard erklärte, für ihn liege kein Anlaß vor, in die Geschäftsordnung des Ausschusses einzugreifen.

Schließlich wurde der Zentrumsantrag, die Beratungen der Ehescheidungsreform auf mehrere Wochen zu vertagen, abgelehnt. Mit Rücksicht auf die schwebenden Fraktionssitzungen der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei wurden hierauf die Beratungen abgebrochen.

## Angriffe auf Macdonald

Die konservative Presse bekämpft die englisch-russische Vereinbarung

London, 2. Oktober.

Die gestern erzielte Vereinbarung zwischen Henderson und Domgalewski wird in der Presse viel beachtet. Während das Arbeiterblatt „Daily Herald“ von einem neuen Erfolge Hendersons nach seinen Erfolgen im Haag und in Genf spricht und nicht daran zweifelt, daß die Zustimmung des Parlaments erlangt werden wird, da die meisten Liberalen Henderson unterstützen würden, nennt „Daily Telegraph“ das Uebereinkommen eine Kapitulation vor der Sowjetregierung. Das Blatt wirft dem Staatssekretär des Aeußeren vor, daß er im Gegensatz zu früher jetzt die Regelung der ausstehenden Fragen auf die Wiederaufnahme der vollen diplomatischen Beziehungen einschließlich des Austausches von Botschaftern setzen lassen will und bemerkt, der Welt wird das angenehme Schauspiel geboten, daß die Sowjetregierung ihre eigenen unveränderten Bedingungen der Regierung Großbritanniens auferlegt, nachdem diese Regierung sie als unannehmbar verworfen hatte. Moskau hat einen großen diplomatischen Triumph erzielt und hat nichts dagegen zugelassen.

Auch „Morning Post“ verkündet in Zeitdruck „Uebergabe an Moskau“. Der diplomatische Korrespondent des Blattes schreibt, Punkt 3 der Erklärung Hendersons keine Rücksicht auf die Gegenforderungen Sowjetrusslands infolge der Intervention während der Revolution anzuerkennen.

Die Zusammenkunft zwischen Henderson und Domgalewski, auf der, wie bereits gemeldet, eine Vereinbarung über das Versahren erzielt wurde, „das bei der Wiederaufnahme der vollen diplomatischen Beziehungen einschließlich des Austausches von Botschaftern zur Regelung der zwischen beiden Regierungen schwebenden Fragen befolgt werden soll“, sowie eine Vereinbarung über die Frage der Propaganda, fand bei Lemes, sieben Meilen von Brighton, dem Tagungsort der diesjährigen Konferenz der Arbeiterpartei, statt. Bei der Zusammenkunft waren nur der Leiter der Nord-Abteilung des Foreign Office, Seymour, ferner Mr. Case vom Foreign Office, und Hendersons Privatsekretär Selby zugegen. Die erörterten Fragen betrafen, wie Henderson mitteilte,

1. die Feststellung der Haltung beider Regierungen gegenüber den Verträgen vom Jahre 1924;
2. den Handelsvertrag und die damit zusammenhängenden Fragen;
3. Regierungsforderungen und private Forderungen und Gegenforderungen, sowie Finanzfragen, die mit diesen Forderungen und Gegenforderungen verknüpft sind;
4. Fischerei, und 5. die Anwendung früherer Verträge und Konventionen.

Das Schriftstück, das den beiden Regierungen unterbreitet werden soll und jetzt vorbereitet wird, wird von Henderson für die britische Regierung und von Domgalewski für die Sowjetregierung unterzeichnet werden.

Das Schriftstück, das die zwischen Henderson und Domgalewski erzielte Einigung fixiert, wird zur Zeit aufgeschoben, und man hofft, daß es unterzeichnet werden kann, bevor Domgalewski am kommenden Freitag von London abreist. Es heißt hier, daß das Parlament die englisch-russischen Vereinbarungen gutheißen muß, ehe sie in Kraft treten können.

Es war zu erwarten, daß die konservative Parteipresse die erste Gelegenheit benützen würde, um gegen die britische Außenpolitik Sturm zu laufen. Da weder Snowden's Haager Taktik, noch Macdonalds Amerikareise einen günstigen Angriffspunkt bildeten, so benutzte sie als willkommenen innerpolitischen Agitationsstoff die englisch-russischen Vorvereinbarungen, welche gestern zwischen Henderson und Domgalewski zustande gekommen sind. Zweifellos stellt die Uebereinkunft ein Verlassen des grundsätzlichen englischen Standpunktes dar, daß vor der Wiederanknüpfung der beiderseitigen Beziehungen mehrere Vorfragen geklärt werden müßten, und zwar vor allem die Frage der kommunistischen Propaganda und die grundsätzliche Anerkennung der russischen Schuld. Aber die Verhandlungen mußten bei einem englischen Verharren auf diesem Standpunkt auf den toten Punkt kommen, und auf dem Parteitag der Labour waren offenbar starke Kräfte tätig, welche der Regierung ein taktisches Nachgeben nahelegten.

Henderson hat die Vorsicht gebraucht, die Gültigkeit der Vorabmachungen von der Genehmigung durch das Parlament abhängig zu machen, und ohne Zweifel werden die Liberalen mit ihrem Führer Lloyd George an der Spitze grundsätzlich zustimmen, da auch ihnen zunächst einmal an einer Normalisierung der Beziehungen liegt, die eine Brücke zu weiteren Verhandlungen bilden können. Konservative Widerstände würden also unter diesen Umständen der Labour sicherlich kein ähnliches Schicksal bereiten wie 1924, wo das Kabinett Macdonald bekanntlich an der Russlandsfrage gescheitert ist. Die Labour zeigt auch hier, daß sie neue Wege zu gehen bereit ist, und vor Verantwortung und großen Entschlüssen nicht zurückbleibt.

### Wetterbericht der Dresdner Wetterwart

Witterungsaussichten. Noch wechselhafte Witterung, mit wechsellagigen, meist mit vereinzelten Regenschauern. Temperaturen schwankend, südwestliche bis nordwestliche Winde, im Hochlande vorwiegend mäßig, im Gebirge frisch bis stark.